



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 22.03.2012, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Sanierung der Walter-Flex-Straße
- Anliegerbeteiligung am 14.03.2012 und
Beauftragung weiterer Ingenieurleistungen

Vorl.Nr. 062/12

Beschluss:

1. Zur Vorbereitung des Baubeschlusses über die Sanierung und Neugestaltung der Walter-Flex-Straße wird nach Anhörung der Anlieger 2012 die Variante 1 des Büros KMB vom 06.02.2012 zur Weiterbearbeitung beschlossen.
2. Beauftragung der weiteren Ingenieurleistungen
Das Büro KMB, Ludwigsburg, wird mit der Erbringung der weiteren Ingenieurleistungen bis Leistungsphase 4.8 sowie der örtlichen Bauleitung beauftragt. Die Vergabesumme beträgt bis 115.000 € brutto. Grundlage ist das Angebot des Büros KMB vom 10.05.2010.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Der Beschluss mit der Ziffer 1 wird mit 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss mit der Ziffer 2 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Die Vorl.Nr. 062/12 erläuternd, geht Herr **Seiler** (FB Stadtplanung und Vermessung) auf die Anliegerversammlung vom 14.03.2012 ein. Hierbei geht er auf die Variante 1 und Variante 2, die daraus entstandene Variante 3 und das weitere Vorgehen ein. In der Anliegerversammlung wurde festgestellt, dass eine Kombination der Varianten 1 und 2 sinnvoll sei. (Siehe Anlage 1 zum Protokoll). Man würde von der Variante 2 auf der westlichen Seite die Längsparkstände übernehmen und entsprechend im Osten die Lösung von den Querparkern.

Mitglied **Harsch** erklärt, die Anliegerversammlung sei sehr gut verlaufen. Die vorgestellten Varianten und die anschließende Kombilösung der beiden Varianten seien sehr hervorzuheben.

Stadtrat **Lutz** erklärt, durch die vielen Mehrfamilienhäuser seien die Parkmöglichkeiten sehr begrenzt. Wichtig sei, bei der Lösung ganz genau darauf zu achten, dass genügend

Parkmöglichkeiten vorhanden sind. In Anbetracht der vielen Fahrradfahrer und spielenden Kinder sei es wichtig, dass die Wege zwischen Hartenecker Höhe und Walter-Flex-Strasse, versetzt werden.

Stadtrat **Griesmaier** erklärt, die Argumente sowohl von Stadteilausschuss als auch der CDU-Fraktion seien stichhaltig und die SPD-Fraktion hält es für notwendig, dass die Parkmöglichkeiten optimal ausgenutzt werden.

Stadtrat **Glasbrenner** konstatiert, dass der Parkdruck in der Walter-Flex-Strasse sowohl morgens als auch abends recht hoch sei. Erschwerend dazugekommen sei jetzt mit dem Neubau des Kinder- und Familienzentrums und den Veranstaltungen der Kirche, dass die Parkplätze bei weitem nicht ausreichen. Die Freie Wähler Fraktion vertritt den Standpunkt, dass wenn nach der Umgestaltung festgestellt würde, dass der Bedarf nicht so hoch sei, es immer noch einfacher wäre zurückzubauen, aber umgekehrt gestalte es sich bei weitem schwieriger und so spreche sich die Freie Wähler Fraktion für die Variante 1 aus.

Stadtrat **Gericke** merkt an, dass mit der Kombilösung zwischen Variante 1 und Variante 2 eine gute Kompromisslösung gefunden wurde. Derzeit gebe es bereits Überlegungen im Bereich der Comburgstrasse mehrerer Querparker entlang des Grünstreifens zu erstellen. Hier würden dann mehr Parkplätze zur Verfügung stehen. Wichtig sei für seine Fraktion zu erfahren, wie hoch zum einen die Kosten für die Baumverpflanzung liegen und zum anderen, da die Bäume so eng beieinander liegen würden, ob der Anwuchs der Bäume dadurch nicht beeinträchtigt sei. Stadtrat Gericke vertritt die Meinung, dass die Grünzensur, wie sie im Bebauungsplan vorgesehen ist, so belassen werden solle. Wichtig sei bei den Fahrradwegen darauf zu achten, dass keine Bordsteine da sind. Was sowohl die Kreisverkehre im Westen als auch im Osten angehe, könnte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützen und bittet die Verwaltung, dies in die Neuplanung der Comburgstrasse aufzunehmen. Was die Hecke an der Nordseite der Walter-Flex-Strasse angehe, merkt Stadtrat Gericke an, ob es nicht sinnvoll sei, diese als Schutzstreifen im Grünstreifen zu belassen, oder neu zu pflanzen.

Stadtrat **Haag** erklärt, im Gebiet der Walter-Flex-Strasse sei der Parkdruck sehr hoch und in der Gesamtdarstellung werde sich ebenfalls noch einiges ändern, wenn die Ansiedlung der Hartenecker Höhe abgeschlossen ist. Nach der Sanierung der Walter-Flex-Strasse könne er sich vorstellen, dass es ein größerer Anreiz werden könnte, auch im Südlichen Teil der Strasse zu investieren. Stadtrat Haag vertritt die Meinung, dass die maximale Zahl der Parkmöglichkeiten, wie in Variante 1 beschrieben, errichtet werden solle.

Stadträtin **Burkhardt** merkt an, die Straße sei in zwei Abschnitte gegliedert. Die entspreche auch der derzeitigen Nutzung. In Frage stellt Stadträtin Burkhardt, ob die Privatisierung des öffentlichen Raumes, welchen die Verwaltung durch die Herstellung von Parkplätzen vornehme, rechens sei und ob man diesen Ansprüchen immer nachgeben müsse. Für die Wohnqualität sei es ihrer Meinung nach nicht wichtig, die Zahl der Parkplätze zu erhöhen, sondern vielmehr die Qualität und die Zahl der Bäume. Die Parkplätze in der Walter-Flex-Strasse sollten lediglich für die Anwohner dort gelten und nicht den Parkbedarf der umliegenden Straßen decken. Hervorheben möchte Stadträtin Burkhardt, dass sowohl die breiten Gehwege als auch die Straßengestaltung sehr wichtig ist. Grundsätzlich lehne sie die Verpflanzung der Bäume ab. Frau Burkhardt weist im Zusammenhang mit der Buslinie auf den Antrag zum Thema „Schaffung einer Buslinie in der Comburgstrasse“, hin. Mit der Kompromisslösung könne sie ebenfalls mitgehen, bittet jedoch die Verwaltung um eine schriftliche Zusammenfassung der Anliegeranhörung.

Im Anschluss beantwortet Herr **Seiler** die Fragen zum Thema Baumverpflanzung. Hier sei es durchaus vertretbar, die Bäume zu verpflanzen. Die Bäume seien in einem Alter, wo sie durchaus verpflanzt werden könnten. Wenn es von den Kosten vertretbar sei, hätte man die Möglichkeit aus dem Bereich wo die Bäume sehr dicht stünden, zu versetzen und dann hätte man ein ganz einheitliches Bild. Dies werde nochmals geprüft und werde bis zur nächsten Beschlussfassung vorgelegt.

Stadtrat **Gericke** plädiert nochmals dafür, dass die Bäume bei den Querparkern stehen bleiben sollten, und weist auf die Kosten, den Erfolg und die Bushaltestelle hin und findet es unverhältnismäßig, für ein paar Parkplätze Bäume zu verpflanzen.

Stadtrat **Glasbrenner** stellt klar, dass alle Neubaugebiete zu wenig Parkplätze haben und es sei für ihn nicht nachvollziehbar, warum die Bewohner der Walter-Flex-Strasse weniger Parkplätze als vorher haben. Stadtrat Glasbrenner bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Bushaltestelle kurz vor der Einmündung nicht zu gefährlich ist.

Auf Wunsch von Stadträtin Burkhardt lässt BM **Schmid** über die Vorl.Nr. 062/12 getrennt nach Ziffern abstimmen.

TOP 2	Kindertageseinrichtung Lange Straße 71 / Bäderwiesen Erweiterung zwei Gruppen (je 15 Kinder 0 - 6 Jahre) - Entwurfs- und Baubeschluss (Vorberatung)	Vorl.Nr. 072/12
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Wegen Kritik an den hohen Baukosten, verweist der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt die Abstimmung in den Gemeinderat am 29.03.2012.

TOP 3	Sachstand Zentrales Gebäudemanagement - Bericht zur Entwicklung bei der Stadtverwaltung Ludwigsburg	Vorl.Nr. 048/12
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Vorl.Nr. 048/12 erläuternd, stellt Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) den Organisationsaufbau vor. Hierbei geht er insbesondere auf die Umsetzung, Entwicklung und die Kennzahlen ein. Das neue zentrale Gebäudemanagement vereinfache das Ineinandergreifen der unterschiedlichen Aufgaben und Abläufe, was zu Synergieeffekten führt. Allerdings habe die Neuorganisation zu Verunsicherung des eigenen Reinigungspersonals geführt, was sich in hohen Fehlzeiten durch Krankheit gezeigt habe. Die Ausfälle habe man nicht kompensieren können, so dass weitere Objekte in Fremdreinigung gegeben wurden. Herr Weißer geht weiter auf die Kennzahlen durch die Ausschreibung der Fremdreinigung ein und gibt hierzu die eingesparte Summe von 1.110.125,00 EURO seit Projektbeginn 2009 bekannt.

In der anschließenden Aussprache erklärt Stadtrat **Noz**, eine Untersuchung, ob die Betreuung der Wohnobjekte im städtischen Bereich inhaltlich angesiedelt werde, könne sich die CDU-Fraktion durchaus vorstellen. Kritisch sieht Stadtrat Noz die Auswertung, die sich nicht mit den Vorlagen 331/10 und 316/10 deckt. Um die Vorl.Nr. 048/12 besser nachvollziehen zu können, wäre eine Gegenüberstellung wünschenswert gewesen.

Bei den Zieldefinitionen habe die Verwaltung, so Stadtrat **Griesmaier** die Quadratur des Kreises erreicht. Die mangelnde Beteiligung an der Umfrage deute seiner Meinung nach auf Unzufriedenheit hin. Die SPD-Fraktion sei sehr dafür für die verstärkte Eigenverantwortung der Nutzer. Diese habe eine positive Auswirkung auf die Arbeitsorganisation. Positiv sieht man dem Modelprojekt „elektronische Zugangskontrolle“ für die Toiletten entgegen. Ebenfalls gespannt sei

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 22.03.2012

man auf das Thema Energieeinsparung. Hierzu betont Stadtrat Griesmaier, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ökonomie, Ökologie und einem sachgerechten Komfort gegeben sein muss. Der Synergieeffekt zwischen Wohnungsbau und Gebäudewirtschaft und Hochbau sei sehr zu begrüßen und man hoffe, dass dieser weiter ausgebaut werde.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, nach langen Diskussionen habe man sich für das jetzige Reinigungsmodell entschieden und man habe sowohl die Vor- als auch die Nachteile der Fremdreinigungsvergabe beleuchtet. Stadtrat Glasbrenner vertritt die Meinung, dass das zentrale Gebäudemanagement gut geworden sei, gleichwohl man nicht in allen Bereichen das Optimale erreichen könne. Die angestrebten Kompromisse müssen vertretbar sein und die Hygiene, insbesondere in den Einrichtungen mit Kindern, darf nicht auf der Strecke bleiben. Wichtig sei aber vor allem, dass der Nutzer grundsätzlich zufrieden sei. Nach anfänglich großen Bedenken, habe sich im Sportbereich alles gut eingespielt. Hervorhebend erwähnt Stadtrat Glasbrenner die Bereitschaft des städtischen Personals für die Umsetzung des Zentralen Gebäudemanagement.

Zur Umsetzung der elektronischen Toiletten in den Gymnasien merkt Stadträtin **Schübler** positiv an, dass in Neckarweihingen bereits das Verfahren praktiziert werde, allerdings mit normalen Schlüsseln. Man hier sehr gute Erfahrungen gemacht habe. Wünschenswert sei, dass die elektronischen Toiletten überall ausgeweitet werden. Zu Bedenken gibt Stadträtin Schübler, dass die Personalkapazität nochmals geprüft werden solle.

Stadtrat **Haag** dankt für die ausführliche Darstellung der Vorl.Nr. 048/12. Was die Benotung bei der Befragung angehe, merkt Stadtrat Haag an, müsste man sich eventuell überlegen, ob man ein anderes System einführe. Zum Thema Wohnbau- und Technikverbund, sieht Stadtrat Haag bei der Technik die Vorteile eher bei dem Fachbereich Hochbau- und Gebäudewirtschaft angesiedelt.

Stadträtin **Burkhardt** beschränkt sich bei ihren Ausführungen auf die Ziele. Hierbei geht sie auf den Qualitätsverlust und die daraus resultierende Folge ein. Eine notwendige Änderung sieht Stadträtin Burkhardt bei den Schulhausmeistern, da der Aufgabenbereich sehr stark erweitert wurde. Es müsste evaluiert werden, was wirklich an Personal nötig wäre, um die Aufgaben für die Bevölkerung zu erfüllen. Ebenso sollten vorhandenes Personal und die Bereitschaft der Ehrenamtlichen nicht bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit strapaziert werden.

Herr **Weißer** erklärt, mit der Wohnungsbau arbeite man sehr eng zusammen und man übernehme nur die Aufgaben, wo der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft auch das nötige Know How habe. Was die Benotung angehe, sei man mit dem Niveau zwischen 2 und 3 sehr zufrieden. Was das eigene Reinigungspersonal angehe, sei man bestrebt, die vorhandene Struktur so gut es gehe, einzusetzen, damit die eigenen Leute leistungsfähig sind. Hier habe man im Verhältnis zu den Fremdfirmen ein Problem. Dabei stelle sich durchaus die Frage, ob man am Eigenreinigungssystem festhalten wolle oder doch komplett auf die Fremdfirmen ausweiche.

Herr **Scherer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erklärt, sowohl beim Schiller- als auch beim Mörike-Gymnasium habe man mit den Technikern eine günstige Variante gefunden, um die betroffenen 6 Toiletten elektronisch auszustatten. Dies werde in Form von Chips direkt von der Schule verwaltet. Den Austausch der Türen, um diese Chips anwenden zu können, werde vom Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft übernommen.

TOP 3.1

Darstellung der Organisation und der Wirtschaftlichkeit des neu organisierten Gebäudemanagements, insbesondere Gebäudereinigung. Hausmeisterdienste sowie der Schließdienste in den Hallen und Gebäuden der Stadt
- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2011

Vorl.Nr. 521/11

Beratungsverlauf:

Der Antrag der CDU Fraktion, Vorl.Nr. 521/11 ist mit Bericht der Verwaltung zur Vorl.Nr. 048/12 erledigt.

TOP 4	Grundschulareal an der Schulgasse, Schulgasse 6 - 8 - Vergabe Glasmosaikfassade - Erhöhung Vergabe Dachdeckerarbeiten	Vorl.Nr. 074/12
-------	--	-----------------

Beschluss:

1. Die Vergabe der Fassadenarbeiten für den Neubau des Verbindungsbaus an die Firma Hans Scholl GmbH, Zachersweg 16, 74376 Gemmingen, auf der Grundlage des Angebots vom 20.12.2011 mit einer Vergabesumme von 156.000 EUR inkl. 19% MwSt. wird genehmigt (in der Vergabesumme sind ca. 10 % für Unvorhergesehenes enthalten).

2. Im Zuge der Dacharbeiten wurden unvorhergesehene Schäden festgestellt. Die Erhöhung der Vergabesumme Dachdeckerarbeiten an die Firma A. Pfeiffer, Konrad-Zuse-Straße 10, 74343 Sachsenheim von 61.000 EUR auf 165.000 EUR inkl. 19 % MwSt. wird genehmigt (in der Vergabesumme sind ca. 10 % für Unvorhergesehenes enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet.

Auf Nachfrage aus dem Gremium zu den Vorteilen von Glasmosaik, Beschädigung, und Kosten, merkt Herr **Weiser** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) an, dass das Glasmosaik eine abgeschlossene Oberfläche sei, die man nie streichen müsse. Was die Kosten angehe, habe man Sicherheitszuschläge drin und diese würden ausreichen. Bei den Beschädigungen habe man beim Glasmosaik den Vorteil, dass sich Graffiti schnell reinigen lasse und vom Hersteller habe man die Information, dass die Festigkeit genauso wie beim Putz gegeben sei.

BM **Schmid** merkt an, es sei wichtig, dass man insgesamt im Kostenrahmen bleibt. Klar sei aber auch, dass es bei Dachdeckerarbeiten zu massiven Verschiebungen kommen könne.

Im Anschluss lässt BM **Schmid** über die Vorl.Nr. 074/12 abstimmen.

Beschluss:**Beauftragung der Ingenieurleistungen**

Die Arbeitsgemeinschaft Dipl.-Ing. Volker Rosenstiel, Bötzingen Straße 29A, 79111 Freiburg und Rauschmaier Ingenieure GmbH, Suckystraße 9, 74321 Bietigheim-Bissingen wird mit den erforderlichen Ingenieurleistungen für die Neugestaltung der Eberhardstraße beauftragt. Der Leistungsumfang beinhaltet die Leistungsphasen 1 - 8 sowie die örtliche Bauüberwachung. Die Beauftragung erfolgt stufenweise nach Bauabschnitten. Die Vergabesumme beträgt ca. 96.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke
Stadträtin Schübler
Stadtrat Siegmund

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet.

Frau **Lehoczki** (FB Stadtplanung und Vermessung) merkt an, dass der Planungsauftrag klar sei, man aber eine stufenweise Beauftragung wolle. Vor- und Entwurf sei bis zur Bärenstrasse. Der Hintergrund ist, dass die Gesamtleistung auch für den Kirchplatz und für den oberen nördlichen Abschnitt beinhaltet ist.

Sodann lässt BM **Schmid** über die Vorl.Nr. 090/12 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 1 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke
Stadträtin Schübler

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Burkhardt** erklärt ihre Ausführungen zum Antrag mit der Vorl.Nr. 031/12 zu Protokoll: „Wir haben den Antrag gestellt, -dass künftig die Behindertenparkplätze in Tiefgaragen und Parkhäusern genauso kostenlos wie die Straßenparkplätze sein sollen, - dass Falschparker in den Tiefgaragen und Parkhäusern zur Kasse gebeten und nicht nur „freundlich auf andere Parkplätze hingewiesen“ werden sollen, - dass die 10 Behindertenparkplätze auf der Bärenwiese gebührenfrei bleiben sollen.

Wie Sie der Presse entnehmen konnten, werden diese Forderungen vom VdK-Kreisverband Ludwigsburg unterstützt. Kostenlose Behindertenparkplätze sollen einen Nachteilsausgleich darstellen. Beim Besitzer eines Behindertenparkausweises müssen dauerhafte, massive gesundheitliche Beeinträchtigungen vorliegen. Diese Behinderung hat oft eine eingeschränkte Berufsausübung zur Folge. Krankheit ist mit zusätzlichen Ausgaben verbunden. Behinderte, insbesondere junge, gehören also im Allgemeinen nicht zu den gutverdienenden Menschen. Es ist für Behinderte nicht nachvollziehbar, warum der Nachteilsausgleich nur bei Straßenparkplätzen erfolgen soll. Erstens muss es im Interesse der Stadtgestaltung liegen, Straßenparken langsam, aber sicher abzubauen. Zweitens sind die Vorteile der Tiefgaragenparkplätze nicht so gravierend, dass die Kostenpflicht nachvollziehbar ist, denn es stimmt einfach nicht, wie die Verwaltung behauptet, dass sie alle neben Ausgängen oder Aufzügen liegen. Gucken Sie in die Rathaustiefgarage. Immer wieder werden Klagen über Fehlbelegungen der Behindertenparkplätze laut. Das kann man nicht mit freundlichen Hinweisen, sondern nur mit empfindlichen Geldbußen ändern. Die 10 kostenlosen Parkplätze für Behinderte auf der Bärenwiese müssen erhalten bleiben. Menschen mit Handicap haben Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben, was Politiker in Sonntagsreden gern zitieren. Von einer vergrößerten Zahl von kostenfreien Behindertenparkplätzen, immer unter der Voraussetzung einer strengen Kontrolle, können auch Touristen und Käufer aus dem Umland profitieren. Fehlnutzungen von Behindertenparkausweisen können durch eine befristet Ausgabe für ein Jahr verhindert werden.“

In der anschließende Aussprache merken die Stadträte **Kirnbauer**, Dr. **Bohn** und **Griesmaier** an, dass genügend Parkplätze für Behinderte vorhanden seien. Kostenlos sind die Behindertenparkplätze außerhalb der Parkhäuser und in den Parkhäusern sei es durchaus zumutbar, dass ein Parkschein gelöst werden könne.

BM **Schmid** erklärt, in der Anfrage vom 10.01.2012 habe die Verwaltung bereits Stellung hierzu genommen. Hierbei habe man deutlich gemacht, dass nach der Verwaltungsvorschrift der StVO Schwerbehinderte befreit seien. BM Schmid liest dem Gremium das Schreiben vor. Nach § 46 Abs. 1 Nr. 11 StVO ist es den Schwerbehinderten gestattet an Parkuhren und Parkscheinautomaten kostenlos zu Parken, ohne Gebühr und zeitliche Begrenzung. Das die Regelung nicht für Parkhäuser gelte, könne er sich so vorstellen, dass es Schwerbehinderten, welche meist eine Einschränkung der Gehfähigkeit hätten, nicht zugemutet werden könne, am Parkscheinautomaten, welcher Bergaufwärts- bzw. Bergabwärts sei, einen Parkschein zu lösen.

Nachdem Stadträtin **Burkhardt** erklärt, dass ein Parken in der Rathaustiefgarage mehr als einen Euro koste, die Stadträte dies nicht nachvollziehen könnten, da diese sowieso nichts bezahlen würden, erklärt BM **Schmid** zu Protokoll, dass Stadträtin Burkhardt ebenfalls kostenlos auf den Ehrenhof auf dem Parkplatz von ihm geparkt habe.

Im Anschluss beendet BM **Schmid** die aus seiner Sicht unsachgemäße Debatte und lässt über den Antrag mit der Vorl.Nr. 031/12 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Protokoll zum Betriebsausschuss Stadtentwässerung.